



# Baden-Württemberg

DER BEAUFTRAGTE DER LANDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Landes-Behindertenbeauftragter · Postfach 103443 · 70029 Stuttgart

Herrn  
Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann MdL  
Staatsministerium Baden-Württemberg  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Datum 10.10.2013  
Aktenzeichen BB-5121-64-1  
(Bitte bei Antwort angeben)

## Konsolidierung des Landeshaushalts nicht auf Kosten einer inklusiven Bildung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

nachdem mich viele Gespräche mit Eltern von schulpflichtigen Kindern mit Behinderungen und nachhaltige Eindrücke aus den vier landesweit durchgeführten Regional Konferenzen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bestärkt und zugleich nachdenklich gestimmt haben, erlaube ich mir, mich heute ganz persönlich und im Namen der oftmals in ihrem Kampf um eine inklusive Beschulung verzweifelnden Eltern mit der Bitte an Sie zu wenden, bei Einsparungen im Bereich der Lehrerstellen darauf zu achten, dass diese nicht zu Lasten inklusiver Bildungsangebote gehen.

Auch ich bin mir bewusst, dass sich die rückläufigen Schülerzahlen mit Blick auf die Herausforderungen der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 im Landeshaushalt niederschlagen müssen. Dabei dürfen wir jedoch nicht außer Acht lassen, dass sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag unter der Überschrift „Gleichberechtigte Teilhabe aller: Inklusion umsetzen“ eindeutig positioniert haben. Hier wird der politische Wille für einen überfälligen Paradigmenwechsel in unserem Land zum Ausdruck gebracht. Es wird bekräftigt, dass der Anspruch der Kinder mit Behinderung auf son-

derpädagogische Förderung in der Regelschule gesetzlich verankert wird und die Eltern behinderter Kinder ein Wahlrecht erhalten werden.

Um der unsäglichen Selektion beim gleichberechtigten Zugang zur schulischen Bildung ein Ende zu machen, erwarten betroffene Eltern, dass Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen konsequent umgesetzt wird. Mit Blick auf die verfestigten Strukturen in der Bildungslandschaft ist dies ein langer Weg. Auch aus meiner langjährigen Erfahrung als Pädagoge weiß ich, dass Inklusion nicht in einem selektiven Schulwesen umsetzbar ist. Vielmehr braucht es Schritte, Zeiträume und zusätzliche Ressourcen, um diesen bildungspolitischen Entwicklungsprozess wahrnehmbar mit Leben zu erfüllen. Mit den Gemeinschaftsschulen, dem erweiterten Angebot an Ganztageschulen und den von der Landesregierung am 23. Juli 2013 verabschiedeten Eckpunkten für die regionale Schulentwicklung wurden gerade auch bei betroffenen Eltern positiv und hoffnungsvoll wahrgenommene Meilensteine gesetzt. Dabei ist allen Beteiligten bewusst, dass sich das Angebot inklusiver Lernorte nicht von heute auf morgen flächendeckend umsetzen lassen wird. Hinzu kommt, dass sich aus dem im Koalitionsvertrag verbrieften Elternwahlrecht zwangsläufig die Notwendigkeit ergibt, zumindest auf mittlere Sicht zwei gut funktionierende Systeme parallel aufrecht zu erhalten. Wir müssen die Kompetenz der Sonderschulen nutzen und zugleich Angebote für die inklusive Beschulung nachhaltig ausbauen. In dieser Übergangsphase wird die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen unverzichtbar sein. Die vielfältig an mich herangetragenen alltäglichen Schwierigkeiten und Herausforderungen von Eltern, die ihre Kinder mit Handicap inklusiv beschulen lassen wollen, um sonderpädagogische Deputate, Betreuung und Assistenz machen deutlich, dass es Inklusion nicht zum Nulltarif geben kann.

Vor diesem Hintergrund kann ich mich daher den Forderungen von Herrn Kultusminister Andreas Stoch MdL und von Herrn Landeshandwerkspräsident Joachim Möhrle nur anschließen, die demografische Rendite von 11.600 Lehrerstellen nicht einseitig zu realisieren, sondern bei der Betrachtung den zusätzlichen Bedarf der Inklusion bzw. der Ganztageschulen ebenso in Ansatz zu bringen. Frei werdende Stellen müssen hierfür eingesetzt werden können, dies gibt die UN-Behindertenrechtskonvention grundsätzlich vor. Ich finde es richtig und notwendig, dass bei der Bildung nicht gespart wird, damit Inklusion in der Schule in Baden-Württemberg keine leere Blankettformel bleibt.

Ich habe mir erlaubt, Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid MdL sowie die Vorsitzenden der Regierungsfractionen, Frau Edith Sitzmann MdL und Herrn Claus Schmiedel MdL, über mein Anliegen ebenfalls zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Gerd Weimer". The signature is written in a cursive style with a prominent initial "G" and a long, sweeping underline.

Gerd Weimer